

Berlin, 22 September 2004

Die Nichtverbreitung von Kernwaffen, der Artenreichtum und die Situation der Frauen 10 nach der Peking Konferenz:
die Tagesordnung der 111. IPU Versammlung

Die 111. Versammlung der interparlamentarischen Union (IPU) und andere damit in Beziehung stehende Sitzungen werden vom 28. September bis zum 1. Oktober 2004 im Internationalen Kongreßzentrum (CICG) in Genf stattfinden.

Es werden aus 140 Staaten etwa 500 Parlamentsmitglieder zur Teilnahme erwartet, einschließlich der Sprecher der folgenden Parlamente: Algerien, Weißrussland, Benin, Burundi, Kamerun, Ägypten, Äthiopien, Ghana, Indien, Italien, Jordanien, Kenia, Lettland, Libanon, Liechtenstein, Luxemburg, Mali, Marokko, Nepal, Nigeria, Pakistan, Philippinen, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Sri Lanka, Sudan, Thailand und Togo. Vom Deutschen Bundestag nehmen unter Leitung von Abg. Petra Ernstberger (SPD) die Abgeordneten Dr. Christoph Zöpel (SPD), Hans-Joachim Fuchtel, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr (beide CDU/CSU) sowie Josef Philip Winkler (Bündnis 90/Die Grünen) teil.

Die Konferenz befasst sich mit folgenden Themen: Die Rolle der Parlamente bei der Stärkung multilateraler Übereinkommen für die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und für Abrüstung im Licht neuer Sicherheitsherausforderungen, die Rolle der Parlamente bei der Erhaltung der Artenvielfalt, Peking plus 10: eine Evaluierung aus parlamentarischer Sicht. Zu diesem Thema hat der deutsche Abgeordnete Josef Philipp Winkler gemeinsam mit der namibischen Abgeordneten Margareth Mensah-Williams einen Bericht verfasst.

Am Dienstag, den 28. September, wird die Versammlung ferner Vorschläge für einen dringlichen Tagesordnungspunkt diskutieren. Hierfür liegt ein erster Vorschlag der südafrikanischen Delegation vor: Die Rolle der Parlamente angesichts der Sicherheitsherausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent mit einem besonderen Fokus auf die humanitäre Krise und die Sicherheitslage in der Region Darfur, Sudan.

Ferner findet eine Anhörung zum humanitären Völkerrecht statt. Auf dem Podium sitzen der Präsident des Internationalen Roten Kreuzes (ICRC), Herr Jacob Kellenberger, Herr Marco Sassoli, Professor an der Universität Genf und Frau Elizabeth Wilmshurst, erste stellvertretende juristische Beraterin im britischen Auswärtigen Amt und gegenwärtig Leiterin des Völkerrechtsprogramms im Chatham House.

Der Ausschuss für die Menschenrechte der Parlamentarier wird seine 107. Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit abhalten und sich mit den Fällen verfolgter Abgeordneter befassen.